



**Petra Merkel, MdB**

**Newsletter \*\*\* Newsletter \*\*\* Newsletter**

**Ausgabe: 06/2007**

\*\*\*\*\*

**Aus dem Bundestag**

\*\*\*\*\*

## **AFGHANISTAN**

Wir haben in der letzten Sitzungswoche, am Freitag, den 12. Oktober, über die Verlängerung des ISAF Mandats in Afghanistan abgestimmt. Vor einem Jahr habe ich mich schwergetan mit der Abstimmung und für ISAF aber gegen die Entsendung von Tornados gestimmt. Nun wurde der Tornado-Einsatz in das ISAF Mandat integriert und wir stimmten über beides gemeinsam ab. Auch dieses Mal war die Entscheidung schwierig. Ausschlaggebend waren für mich die bisherigen Erfahrungen des Einsatzes und die vielen Gespräche, die wir im Vorfeld geführt haben: Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von NGOs vor Ort, Fraktionsinterne Runden, Parlamentsrunden aus Kabul, Berichte von Bundeswehrsoldaten und von Kolleginnen und Kollegen, die in Afghanistan waren. Auch habe ich mich einer persönlichen Erklärung angeschlossen und sie unterzeichnet.

Hier der Wortlaut:

„Erklärung nach § 31 GO

1. Wir haben den ISAF-Einsatz immer für richtig gehalten, ein Rückzug würde das Erreichte gefährden und die Rückkehr der Taliban und des Bürgerkriegs bedeuten.
2. Wir halten eine deutliche Aufstockung der Mittel für den zivilen Aufbau und die Schulung der Polizei über das bisher Vorgesehene für notwendig und werden uns im Rahmen der Haushaltsberatungen dafür einsetzen.
3. Wir halten den Tornado-Einsatz nach wie vor für das falsche Signal und nicht für



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

notwendig, auch wenn die Tornados nach den uns bekannten Informationen ausschließlich von ISAF eingesetzt wurden.

Unter Abwägung dieser Gesichtspunkte halten wir eine Zustimmung zur Verlängerung des oben genannten Mandats für verantwortbar und richtig.“

## **Verlängerung des ISAF-Mandats in Afghanistan**

Der Bundestag hat sich dann mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, dass die Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan um ein Jahr verlängert wird. Neben den Regierungsfractionen aus CDU/CSU und SPD stimmten auch die FDP und Teile der Grünen zu.

Mit der Verlängerung des Mandates kommt die Bundesregierung einer Bitte der Regierung Afghanistans und den Vereinten Nationen im Rahmen der internationalen Gemeinschaft und der NATO nach, weiterhin einen substanziellen Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans zu leisten. Dabei sollen alle deutschen Beiträge im Rahmen der ISAF einschließlich des Einsatzes der Aufklärungsflugzeuge TORNADO RECCE künftig in einem Bundestagsmandat zusammengefasst werden, um so die deutschen ISAF-Kräfte im Rahmen der vorgesehenen Obergrenze flexibler einsetzen zu können. Dies soll auch der Unterstützung beim Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte zugute kommen, der für die Stabilisierung des Landes von besonderer Bedeutung ist. Die Bundesregierung beabsichtigt, ihre Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken.

Nur wenn ISAF im gesamten Land erfolgreich die Sicherheitslage verbessern kann, wird eine landesweite Stabilisierung gelingen. Deutschland leistet seinen Beitrag für den Gesamterfolg von ISAF unter anderem durch die Führung des Regionalkommandos Nord in Mazar-e Sharif, die übernommene Verantwortung für die gesamte Nordregion, insbesondere durch die Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in Kundus und Faisabad, sowie durch den Einsatz von Aufklärungsflugzeugen vom Typ Tornado-RECCE zur Luftaufklärung in ganz Afghanistan.

## **FÖDERALISMUSKOMMISSION**

Ich bin seit Anfang 2007 als eins von sechs Mitgliedern meiner Bundestagsfraktion in die Föderalismuskommission II, der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, gewählt worden. Die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, Regelungen zur Eindämmung der Verschuldung und Verbesserung der Verwaltungsaufgaben sind Themen, mit denen wir uns dort auseinandersetzen. Neben Expertenanhörungen nähern wir unsere Positionen, zwischen Bund und Ländern, zwischen den verschiedenen Fraktionen auch in Klausur-



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

tagungen an. Hier ist mir wichtig, dass wir Regelungen finden, die einer Verschuldung strengere Grenzen setzen, als wir sie bislang haben, jedoch in Notsituationen Schuldenaufnahmen ermöglichen. Statt eines Wettbewerbsföderalismus muss der solidarische Föderalismus vergleichbare Lebensverhältnisse unterstützen, damit die Schere zwischen armen und reichen Ländern in Deutschland nicht weiter auseinander geht.

### **HAUSHALTSBERATUNGEN**

Nach der parlamentarischen Sommerpause beginnt für mich als Mitglied des Haushaltsausschusses die Arbeit mit den Haushaltsberatungen. Berichterstattegespräche, Sitzungen im Haushaltsausschuss und Reden im Plenum bestimmen das Geschehen von der Einbringung des Haushaltsgesetzes 2008 und dem Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2008 bis zur Verabschiedung des Etats für das kommende Jahr in der 2./3. Lesung in der letzten Novemberwoche. Schwerpunkte unsere Arbeit ist auch weiter der Kurs Konsolidierung, Reformieren und Sanieren. Dank der guten wirtschaftlichen Rahmendaten können wir die Nettokreditaufnahme weiter senken. Für mich steht bei einer soliden, verantwortungsvollen Haushaltspolitik im Vordergrund, dass wir zunächst das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts vor Augen haben, bevor wir Steuermehrausnahmen ausgeben.

### **CHANCEN AUF DEM ARBEITSMARKT**

Entfacht wurde die Diskussion durch den Vorschlag von Kurt Beck, das ALG I für ältere Arbeitslose länger zu bezahlen. Das hatte die SPD-Bundestagsfraktion bereits in der letzten Legislaturperiode beschlossen (unter dem Kanzler Schröder und dem Fraktionsvorsitzenden Müntefering). In der Koalitionsvereinbarung 2005 gab es mit der CDU/CSU hierüber keine Einigung. Der Vorschlag des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, die längere Bezugsdauer des ALG I zu Lasten der jüngeren Arbeitslosen zu ermöglichen, können wir von der SPD nicht akzeptieren.

Gut ist der Vorstoß; eine Einigung zwischen Kurt Beck und Franz Müntefering ist allerdings vor dem Bundesparteitag nächstes Wochenende notwendig und auch erzielbar.

In einer Regierungserklärung hat Vizekanzler Franz Müntefering am 11. Oktober eine positive Bilanz der bisherigen Arbeitsmarktpolitik der Großen Koalition gezogen. Als Indiz dafür nannte er die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt und er gab einen Ausblick auf die auf der Regierungsklausur in Meseberg beschlossenen Maßnahmen.

### **Kampf für mehr Arbeit**

Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland noch zu hoch. Deshalb ist der Kampf für mehr Arbeit und für gute Arbeit das herausragende Ziel der Arbeitsmarktpolitik. Allerdings sind auch Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sichtbar und es wird deutlich,



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

dass sich die Anstrengungen der Arbeitsmarktreform, die bereits die rot-grüne Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, lohnen.

### **Niedrigste Arbeitslosenzahl seit zwölf Jahren**

Im September ist die Zahl der Arbeitssuchenden auf 3,54 Millionen gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit zwölf Jahren. Zugleich stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit 39,71 Millionen auf einen neuen Höchststand. So viele Menschen waren seit der Wiedervereinigung noch nie erwerbstätig. Die Arbeitslosenquote sank von 8,8 auf 8,4 Prozent. In Westdeutschland waren 2,334 Millionen und in Ostdeutschland 1,209 Millionen Menschen arbeitslos. Gegenüber September 2006 gibt es heute 694.000 Arbeitslose weniger.

### **Auch Langzeitarbeitslosigkeit zurückgegangen**

Von der positiven Arbeitsmarktentwicklung profitieren auch die Arbeitslosen, die länger als 12 Monate ohne Job sind. So hat die Langzeitarbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich nach Angaben der BA sogar stärker abgenommen als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Der Rückgang betrug 376.000 oder 23 Prozent auf 1.258.000. Entsprechend hat sich ihr Anteil an allen Arbeitslosen von 42,3 auf 39,1 Prozent verringert.

### **Verbesserte Lage für ältere Arbeitslose**

Insbesondere wies der Bundesarbeitsminister auf die verbesserte Lage für Arbeitslose über 50 Jahre hin. Seit 1998 ist die Beschäftigungsquote von über 50-Jährigen von 37,7 auf 52 Prozent gestiegen. In der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen sind heute 67,2 Prozent wieder in Beschäftigung. Zwar haben im September 102.000 Menschen über 50 Jahren ihren Arbeitsplatz verloren, gleichzeitig haben aber 141.000 über 50-Jährige ihre Arbeitslosigkeit beenden können.

### **Kommunale Kombilöhne**

Regional gebe es noch dramatische Unterschiede bei den Arbeitslosenquoten. Der Bundesminister wirbt daher für kommunale Kombilöhne, um Regionen mit einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit zu helfen.

### **Mehr Arbeit ist möglich**

Bundesarbeitsminister Müntefering äußerte Zuversicht zur weiteren Entwicklung des Arbeitsmarktes. „Die vergangenen Jahre haben gezeigt, Gestaltung ist möglich.“ Es sei machbar, mehr Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Dies könne etwa durch Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur geschehen. Diese seien auch notwendig,



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

damit Deutschland „ein Hochleistungsland und Wohlstandsland“ bleiben könne. Hier müssten Bund, Länder und Gemeinden den Mut zeigen, „dieses Potenzial zu heben“, sagte der Arbeitsminister.

Das 25-Milliarden-Investitionsprogramm der Bundesregierung habe viel in Gang gesetzt und werde 2008 noch verstärkt. Als weitere Felder nannte Müntefering das Gesundheitswesen, die Pflege, haushaltsnahe Dienstleistungen und die energetische Gebäudesanierung.

### **Anstrengungen auf dem Ausbildungsmarkt**

Da noch rund 29.000 Ausbildungsbewerber unversorgt sind, hat Bundesarbeitsminister Franz Müntefering größere Anstrengungen gefordert, die Lehrstellenlücke zu schließen. Auch wenn es in diesem Jahr weniger Jugendliche ohne Ausbildungsplatz seien – im letzten Jahr waren es um diese Zeit 50.000 Jugendliche – müsse mit allem Nachdruck versucht werden, die Jugendlichen zu vermitteln. Bis Ende September wurden in Industrie, Handel und Handwerk rund 487.600 Ausbildungsverträge abgeschlossen, rund 40.400 mehr als im vorigen Jahr. Die rechnerische Lehrstellenlücke ging den Angaben aus Verbandskreisen zufolge gleichzeitig deutlich zurück. Für 29.100 noch unversorgte Bewerber gab es 18.400 unbesetzte Ausbildungsplätze. Ende September fehlten demnach noch 10.700 Lehrstellen. Im vorigen Jahr betrug die Lücke zwischen unversorgten Bewerbern und offenen Stellen noch 34.100.

Die Koalition prüft:

- Ausbildungsbonus für überdurchschnittlich ausbildende Betriebe,
- Ausbildungskostenzuschüsse für die Ausbildung bestimmter Gruppen von benachteiligten Altbewerbern,
- Einsatz von Ausbildungspaten,
- Verstärkung der personellen Ressourcen der Berufsberatung.

### **Bildung ist unser Schicksal**

Mehr Anstrengungen seien zudem im Bildungssektor notwendig. „Die Bildung ist unser Schicksal“ sagte Franz Müntefering. Wenn Deutschland ein Hochbildungsland bleiben will, muss die Zahl der Schulabbrecher sinken und sich die Zahl der Studenten erhöhen. Insbesondere den Kindern mit Migrationshintergrund müsse ein wirksames Angebot gemacht werden.

### **Armut bekämpfen**

Für November kündigte der Vizekanzler Beschlüsse zur Armutsbekämpfung an. Dabei stehen besonders die Kinder im Mittelpunkt. Aus materieller Armut dürfe keine Chancenarmut werden, sagte Müntefering. „Was wir in die Kinder und Jugendlichen, was wir in



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Chancengleichheit investieren, das ist sehr gut angelegtes Geld." Als aktives Instrument zur Armutsbekämpfung werde ein Gesamtkonzept erarbeitet, das einen Bonus für Arbeit mit dem bewährten Instrument des Kinderzuschlags verbinde. Damit sollen Erwerbstätige, die mit ihrem Arbeitseinkommen nicht das Existenzminimum erreichen, vor Hilfebedürftigkeit geschützt werden. Sie würden dann nicht mehr unter die Vermögensprüfungen des Arbeitslosengeldes II fallen. Auch könnten mehrere hunderttausend Kinder aus der Hilfebedürftigkeit herausgeholt werden. Zudem wird gegenwärtig geprüft, ob der Regelsatz beim Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe noch das Existenzminimum abdecken.

### **Arbeitnehmer-Entsendegesetz erweitern**

Bundesminister Franz Müntefering kündigte an, dass der Mindestlohn für Briefdienste zum Jahresanfang 2008 zeitgleich mit dem Wegfall des Briefmonopols der Deutschen Post komme. Die Aufnahme der Briefdienste in das Entsendegesetz wird vorangetrieben, damit bis zum Neujahrstag ein allgemein verbindlicher Mindestlohn für den Briefdienst möglich ist.

Bis März 2008 könnten weitere Branchen, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, ins Entsendegesetz aufgenommen werden und allgemeinverbindliche Mindestlöhne vereinbaren. Zugleich wird das Mindestarbeitsbedingungengesetz aktualisiert. Damit sollen Mindestlohnregelungen in Branchen erreicht werden, in denen die Tarifbindung unter 50 Prozent liegt.

### **GELD FÜR MEHR KINDERBETREUUNGSPLÄTZE**

Der Bundestag hat am 11. Oktober in 1. Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ beraten. Dabei fand auch die Unterrichtung durch die Bundesregierung „Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren 2007“ statt.

Die SPD hat im Mai 2007 durchgesetzt, dass es ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr geben wird. Um dies zu gewährleisten, müssen bis dahin weitere 300.000 Plätze geschaffen werden, so dass ab 2013/2014 eine durchschnittliche Versorgungsquote mit Betreuungsplätzen von 35 Prozent besteht. Um den Ausbau realisieren zu können sind erhebliche finanzielle Investitionen erforderlich. Diese fördert und ermöglicht der Bund im ganzen Bundesgebiet zunächst durch die Bereitstellung von 2,15 Milliarden Euro noch in 2007. Mit dem Gesetzentwurf wird dazu ein Sondervermögen des Bundes errichtet. Dies ist der erste Teil eines Gesamtpakets zur finanziellen Beteiligung des Bundes am Betreuungsausbau. Aus dem Sondervermögen werden Finanzhilfen für Investitionen zum Ausbau der Infrastruktur für Kinderbetreuung gewährt. Das Sondervermögen wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verwaltet.



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Durch die Unterrichtung wird deutlich, dass die westlichen Länder dem im Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) gesteckten Ziel bis 2010 230.000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zu schaffen, näher kommen. Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sind aber nach wie vor erheblich. So beträgt die Platz-Kind-Relation im Osten 41,1 Prozent und im Westen 9,4 Prozent. Die bisherige Entwicklung reicht damit nicht aus, um das Ausbauziel des TAG bis 2010 zu erreichen.

\*\*\*\*\*

### **Aus dem Wahlkreis und aus Berlin**

\*\*\*\*\*

### **REITERSTAFFEL**

Als Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss, einem Unterausschuss des Haushaltsausschusses, bin ich für das Bundesinnenministerium zuständig. Nach langen Sitzungen und vielen Beschlüssen konnten wir nun erreichen, dass die Berliner Reiterstaffel erhalten bleibt. Ich finde das eine hervorragende Sache, da die Einsatzmöglichkeiten der Pferde hier in Berlin vielfältig sind und viele Demonstrationen u.ä. dadurch merkbar entschärft werden. Auch wenn es durchaus als mühsam bezeichnet werden kann, bis das Bundesinnenministerium mit einem Konzept hervorkam, bin ich über das Ergebnis froh. Nun bleibt, einen geeigneten Standort für die Reiterstaffel zu finden.

### **Fünf Berliner SPD-Abgeordnete im Fraktionsvorstand**

Wir Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten waren bei den Neuwahlen des Fraktionsvorstandes erneut erfolgreich. Jörg-Otto Spiller, Swen Schulz und mir wurden drei Beisitzer in die Führungsspitze der SPD-Fraktion wiedergewählt. Darüber hinaus sind Wolfgang Thierse als Vizepräsident des Deutschen Bundestages sowie Klaus-Uwe Benneter als Justitiar der SPD-Fraktion weiterhin Vorstandsmitglieder.

„Für uns Berliner Abgeordnete ist das eine schöne Bestätigung unserer Arbeit“, sagt unser Landesgruppensprecher Swen Schulz. „Gleichzeitig ist das auch eine Verpflichtung für das weitere Engagement. Wir werden uns weiterhin natürlich auch für Berliner Belange einsetzen. Dazu gehört vordringlich eine vernünftige Änderung der Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn“



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

\*\*\*\*\*

**Dies und das**

\*\*\*\*\*

## **HOPE – HOFFNUNG FÜR SÜDAFRIKA**

Im Frühjahr dieses Jahres hatte ich Gelegenheit während einer Delegationsreise des Deutschen Bundestages nach Südafrika das Projekt HOPE des deutschen, katholischen Pfarrers Stefan Hippler in Kapstadt zu besuchen: HOPE - eine Hoffnung für aidskranke Kinder, deren Eltern und Verwandte und eine dringend notwendige Initiative, getragen von ehrenamtlichen und professionellen Helfer/innen. Stefan Hippler ist beeindruckend und begeistert mit seinem Engagement. Er und die Kinder von HOPE haben bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen. So war es für mich nur selbstverständlich, um Spenden für HOPE anlässlich meines Geburtstages zu bitten. Zur symbolischen Übergabe der Spenden lade ich zu einer besonderen Veranstaltung ein:

### **Stefan Hippler liest aus**

#### **„Gott, Aids, Afrika – Eine Streitschrift“**

von Bartholomäus Grill/Stefan Hippler  
mit einem Vorwort von Henning Mankell

am Dienstag, den 13. November 2007, um 19.00 Uhr  
im Deutschen Bundestag,  
Foyer des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses.

Zusammen mit Bartholomäus Grill, langjährigem Afrika-Korrespondent der »Zeit« und der Autor von »Ach, Afrika« hat Stefan Hippler eine Streitschrift verfasst, in der er sich mit der verhängnisvollen Morallehre der katholischen Kirche angesichts des afrikanischen Massensterbens auseinandersetzt.

Im Anschluss an die Lesung gibt es Gelegenheit zum weiteren Gedankenaustausch.

Bitte melden Sie sich bis zum 5.11.2007 per E-Mail: [petra.merkel@bundestag.de](mailto:petra.merkel@bundestag.de) oder telefonisch unter 227 77 262 verbindlich an.

\*\*\*\*\*

### **Termine**

\*\*\*\*\*

Mit meinem Kollegen Fritz Rudolf Körper, stellvertretendem Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion führe ich eine Fraktion vor Ort Veranstaltung durch zum Thema:





**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Freiwilliges Soziales Jahr im Sport**

Das reichhaltige Angebot, das Sportvereinen Kindern und Jugendlichen bieten, lässt sich nur mit Hilfe von Ehrenamtlichen verwirklichen. Über 1.000 junge Menschen absolvieren derzeit ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Sport. Sowohl Bundesregierung als auch SPD-Bundestagsfraktion unterstützen seit Jahren dieses Projekt ideell und finanziell. Die Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft wird auch an der derzeitigen Initiative der SPD-Bundestagsfraktion, Sport im Grundgesetz zu verankern, deutlich. Das Erfolgprojekt FSJ im Sportbund der Deutschen Sportjugend zieht jährlich immer mehr Jugendliche in die ehrenamtlichen Strukturen. Davon profitieren nicht nur die Freiwilligen, die neue Kompetenzen erlernen, sondern auch die Einsatzstellen.

Gemeinsam mit Vertretern des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf

Reinhard Naumann, Bezirksstadtrat in Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf für Jugend, Familie, Schule und Sport

und

Joachim Kuntze, Bezirksverordneter der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Sportausschusses

wollen wir über die Möglichkeiten des FSJ für Sportvereinen und Gesellschaft reden.

Dazu begrüßen wir als Gäste:

Dr. Martin Schenkel, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Leiter des Referats Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenprogramme, Freiwilligengesetz und

Claudia Zinke, Vorsitzende der Landessportjugend Berlin.

## **SPRECHSTUNDE**

Die nächste Bürgersprechstunde findet im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80 statt, am: Freitag, den 16. November 2007 von 15.00 – 17.00 Uhr.

Um telefonische Anmeldung unter 313 88 82 wird gebeten!

## **SCHON JETZT AN WEIHNACHTEN DENKEN – unicef Karten in der GOETHE80 kaufen**

Vorweihnachtlich wird es Ende November wieder. Ich freue mich, in Zusammenarbeit mit



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

unicef Berlin, die diesjährigen Weihnachtsgrußkarten des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen in der Goethe80 zu präsentieren. Nach dem Erfolg im letzten Dezember war klar, dass auch in diesem Jahr wieder unicef-Grußkarten verkauft werden. Ich lade Sie daher herzlich ein, zusammen mit Dr. Beatrice Rottka-Bensel, Leiterin der unicef-Arbeitsgruppe Berlin, und mir die neuen

unicef-Weihnachtsgrußkarten  
am Samstag, den 24. November 2007,  
von 11.00 bis 13.00 Uhr  
im Wahlkreisbüro und SPD-Bürgerbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin,

zu betrachten gern aber auch zu kaufen. Natürlich können die Grußkarten ab dem 24. November auch während der Öffnungszeiten in der Goethe80 gekauft werden.

PS: Selbstverständlich werden Spendenbescheinigungen über den Kauf der Karten (über 75% des Kaufpreises) ausgestellt!